

**Anfrage: ..... /2025 zur Sitzung des Mainzer Stadtrats am 25. Juni 2025**

### **Digitale Souveränität der Stadtverwaltung – Umgang mit Microsoft-Produkten und möglichen Alternativen**

Die Verwaltung hat in einer Antwort zu einer Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema “Office 365” im Januar 2025 betont, das damit verbundene IT-Projekt sei ein großer Schritt hin zu einer modernen und zukunftsorientierten (digitalen) Verwaltung. Alternativen zu Microsoft-Produkten für Betriebssysteme und Office-Anwendungen würden aufgrund der hohen Zahl von Fachanwendungen nicht geprüft; die mit der Einführung von Microsoft 365 verbundene Abhängigkeit von Microsoft bestehe aus diesem Grund bereits jetzt.

Inzwischen haben sich nach der Amtsübernahme des US-Präsidenten die Welt- und Sicherheitslage – und damit auch die Rahmenbedingungen für öffentliche digitale Infrastrukturen – deutlich verändert. Der Digitalminister fordert ein neues Bewusstsein für die schrittweise Reduzierung der Abhängigkeiten von US-Konzernen bei Software-Anwendungen, Cloud-Lösungen und Social Media. Schleswig-Holstein plant mittelfristig den vollständigen Ausstieg aus Microsoft-Produkten und setzt auf Open Source, die Bundesbank prüft parallel zu bestehenden Strukturen alternative deutsche und europäische Public-Cloud-Services (z.B. openDesk, Nextcloud Hub in Verbindung mit LibreOffice).

Zugleich wird verstärkt gefordert, dass öffentliche Institutionen auch im Bereich Social Media einen Beitrag zur Stärkung alternativer, nicht-kommerzieller Plattformen wie Mastodon, Pixelfeld oder Peertube leisten, indem sie neben den marktüblichen Angeboten auch mindestens eine dieser offenen Plattformen aktiv bespielen und dadurch Vielfalt und digitale Resilienz fördern.

#### **Vor diesem Hintergrund fragen wir an:**

1. Bewertet die Stadtverwaltung vor dem Hintergrund der geänderten geopolitischen Lage die bisherige strategische Ausrichtung im Umgang mit Microsoft-Produkten neu?
2. Gibt es Überlegungen oder laufende Prüfprozesse, schrittweise Abhängigkeiten von einzelnen US-Anbietern – insbesondere im Bereich Office-Anwendungen und Cloud-Infrastruktur – zu reduzieren?
3. Welche Erfahrungen oder Kontakte bestehen im Austausch mit anderen Verwaltungen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen?
4. Welche konkreten Maßnahmen sind bereits ergriffen oder geplant, um Risiken für die digitale Souveränität der Verwaltung zu identifizieren und abzusichern (z. B. Sicherheitsprüfungen, Alternativszenarien, Notfallpläne)?

5. Welche Überlegungen gibt es, sich als Stadtverwaltung an der Förderung alternativer Plattformen aktiv zu beteiligen – etwa durch die aktive Bespielung mindestens einer förderierten, offenen Plattform neben den marktüblichen sozialen Netzwerken?

Erwin Stufler

Fraktionsvorsitzender